



April 2009

## Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Welche Maßnahmen in der Krise wirklich helfen** Seite 2
- **Osteuropa benötigt Hilfe der EU, um die Krise zu überwinden** Seite 3
- **Rettungspakete für Banken – ungerecht und sehr teuer** Seite 4
- **Pakistans Küstenregion: Lackmustest für neue Regierung** Seite 4
- **Chinas Dilemma bei der UNO-Klimakonferenz im Dezember** Seite 5
- **Obamas Nahost-Strategie setzt auf Syrien** Seite 6
- **Stabiles Nordafrika? – Der Schein trügt** Seite 6

### In eigener Sache:

#### Start der Atlantic Initiative U.S.

Am 30. April 2009 eröffnete die Atlantic Initiative U.S. ihr Büro in Washington DC. Die Veranstaltung, die nur einen Block vom Weißen Haus entfernt stattfand, wurde von über 130 Personen besucht.

Der Präsident der Atlantic Initiative U.S., Rüdiger Lentz, begrüßte zusammen mit der Direktorin der Bertelsmann Foundation in Washington, Annette Heuser, die Gäste. Dr. Johannes Bohnen, Gründer und Vorstand der Atlantischen Initiative e.V. stellte das gemeinsame Projekt „atlantic-communitiy.org – The Internet Think Tank on Foreign Policy“ und weitere Aktivitäten vor.

Im Anschluss fand eine Paneldiskussion zum Thema „**How Social Media and Web 2.0 are Changing International Relations**“ statt, an der Craig Newmark von Craigslist, Andrew Rasiej vom Personal Democracy Forum, Jose Antonio Vargas von der Washington Post und Jan-Friedrich Kallmorgen von der Atlantischen Initiative als Moderator teilnahmen.



*Von links nach rechts: Jan Kallmorgen, Johannes Bohnen, Wess Mitchell, Rüdiger Lentz, Andrew Rasiej, Craig Newmark, Jose Antonio Vargas, Annette Heuser*

Die Diskussion machte klar, dass die Bedeutung von Web 2.0-Technologie und sozialen Netzwerken für die Politik stark wächst. Die Panelisten waren sich einig, dass Politiker, die das Web 2.0 und damit verbundene Funktionen wie die direkte Bürgerbeteiligung ignorieren, innerhalb der nächsten zehn Jahre stark an Bedeutung

#### Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67  
10117 Berlin  
Germany

Tel: +49.30.206 337 88  
Fax: +49.30.206 337 90

www.atlantische-initiative.org  
info@atlantische-initiative.org

#### Vorstand

Dr. Johannes Bohnen  
Jan-Friedrich Kallmorgen

#### Beirat

Dr. Rudolf Adam  
Dr. Ronald D. Asmus  
Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Christoph Bertram  
Carl-Eduard von Bismarck  
Dr. Philip v. Boehm-Bezing  
Dr. Mark Brzezinski  
Jürgen Chrobog  
Thomas L. Farmer  
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger  
Dr. Jeffrey Gedmin  
Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg  
Prof. Dr. Helga Haftendorn  
Dr. John C. Hulsman  
Dr. Michael J. Inacker  
Dr. Jackson Janes  
Marvin Kalb  
Dr. Walther Leisler Kiep  
Eckart von Klaeden  
Hans-Ulrich Klose  
John Kornblum  
Dr. Charles Kupchan  
Alexander Graf Lambsdorff  
Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
Dr. Beate Lindemann  
Heike MacKerron  
Dr. Norbert Otten  
Cem Özdemir  
Ruprecht Polenz  
Avi Primor  
Prof. Dr. E. Sandschneider  
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik  
Karsten D. Voigt  
Lord Wallace

#### Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.  
Bankhaus LÖbbecke AG  
Bankleitzahl: 100 30 500  
Kontonummer: 12 57 95 00

#### Registriergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg  
Registernummer: VR 23583Nz  
Steuernummer: 27/660/59701  
USt-IdNr.: DE 252416799

Mit freundlicher Unterstützung von

# DAIMLER

verlieren. Da Online-Interaktion und lösungsorientierte Politik immer mehr zur Norm werden, laufen soziale Netzwerke den traditionellen Medien verstärkt den Rang ab. Dieses Phänomen nutzen bereits Präsident Obama und andere für ihre politischen Strategien. Da sich in Europa, den USA und darüber hinaus die Funktionsweise der Politik gleicht, werden sich zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen künftig verstärkt internationale Verbindungen und Netzwerke bilden.

In vielen Bereichen sind die Bürger den Politikern bei der Nutzung von sozialen Netzwerken deutlich voraus. So hat zum Beispiel Craigslist, die populäre Kleinanzeigenseite von Craig Newmark, eine Kultur des Vertrauens und der Fairness im Internet geschaffen. Wenn solche Prinzipien auch auf den Bereich der Internationalen Beziehungen und online übertragen werden können, kann die politische Gemeinschaft Zeuge des Entstehens einer „Diplomatie von unten“ werden, in der zunehmend Bürger die globale Agenda diskutieren und vorgeben. Große Konferenzen zum Thema Internet und Politik, wie das im Juni in New York stattfindende Personal Democracy Forum, zeigen, dass die politischen Entscheidungsträger es immer besser verstehen werden, mit der Macht des Internets umzugehen.



Je mehr Menschen auf der Welt Zugang zum Internet bekommen und je stärker die internationale Gemeinschaft nach Lösungen für die gemeinsamen Herausforderungen sucht, umso eher werden soziale Webseiten mit politischen Schwerpunkten, wie *atlantic-community.org*, an Bedeutung und Einfluss gewinnen. Die USA haben bereits einen Boom in solchen Onlineprojekten erfahren. Auch in Europa und dem Rest der Welt wird Web 2.0 schon bald eine deutlich größere Rolle in der politischen Arbeit spielen. Mit Büros in Berlin und nun auch Washington möchte die Atlantische Initiative dieses Konzept der „Bürgerdiplomatie“ auf beiden Seiten des Atlantiks stärken.

---

### **Welche Maßnahmen in der Krise wirklich helfen**

Jean Pisani-Ferry und Bruno van Pottelsberghe, Handle with Care! Post-Crisis Growth in the EU, *Bruegel Policy Brief*, April 2009

Die Wirtschaftskrise erfordert ein Krisenmanagement, das nicht nur spontane Hilfsmaßnahmen kennt, sondern bereits jetzt die Weichen für zukünftiges Wachstum stellt. Falsches Krisenmanagement kann fatale Auswirkungen auf das langfristige Wachstum haben. Das zeigt der Vergleich zwischen Japan und Schweden, die in den 1990er Jahren schwere Wirtschaftsflauten erlebten. Japans Krisenmanagement führte dazu, dass die japanische Wirtschaft nur schwer wieder auf die Beine kam und die privaten wie öffentlichen Haushalte am Ende hohe Kosten zu tragen hatten. Schweden dagegen reagierte geschickt und konnte die Rezession konstruktiv nutzen, um die eigene Wirtschaft zu erneuern. Folgende Instrumente stehen der Politik zur Verfügung, um die Wachstumsdynamik in der Krise zu stärken – vorausgesetzt, sie werden richtig eingesetzt:

*Konjunkturpakete:* Staatliche Konjunkturmaßnahmen sind ein geeignetes Instrument, um Einbrüche in der privaten Nachfrage durch eine stärkere staatlich finanzierte Nachfrage zu kompensieren. Dies kann entweder in Form von Steuererleichterungen oder öffentlichen Investitionen geschehen. Doch gerade die Investitionen fließen häufig in Wirtschaftszweige, die nicht direkt von Handelseinbrüchen betroffen sind, beispielsweise in die heimische Baubranche. Dabei weist die Infrastruktur in Europa ohnehin ein hohes Niveau auf. Statt wie Japan in den 1990er Jahren noch mehr Brücken und Straßen zu bauen, die keine langfristigen Wachstumsimpulse erzeugen, sollte der Staat primär in

Wissenschaft und Bildung investieren, um Innovationen und somit langfristiges Wachstum zu fördern.

*Arbeitsmarktpolitik:* Ein typischer Fehler in Krisenzeiten besteht darin, hohe Subventionen an kränkelnde Unternehmen zu zahlen, um sie gegen jede wirtschaftliche Logik am Leben zu halten, nur weil sie verhältnismäßig viele Arbeitnehmer beschäftigen. Stattdessen bedarf es vor allem arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, die den Unternehmen ermöglichen, Arbeitnehmer auch in schlechteren Zeiten zu beschäftigen. Ein Beispiel ist die staatlich subventionierte Kurzarbeit in Deutschland. Schweden konnte auf ähnliche Weise verhindern, dass wegen der Krise arbeitslos gewordene Menschen massenhaft vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden.

*Kreditvergabe und Produktivität:* Je mehr die Banken selbst auf staatliche Hilfe angewiesen sind, desto eher neigen sie bei der Kreditvergabe dazu, große Unternehmen oder solche mit starker Lobby im Rücken zu bevorzugen. Genau dies aber hat in Japan zu niedrigen Produktivitätsraten in den 1990ern geführt. Ein in diesem Sinne dysfunktionales Kreditsystem benachteiligt besonders die jungen innovativen Unternehmen – mit schwerwiegenden Folgen für die Innovationsfähigkeit ganzer Wirtschaftszweige. Die Politik sollte deshalb dafür sorgen, dass besonders jüngeren Unternehmen ohne starke Lobby unter die Arme gegriffen wird.

*Forschung und Entwicklung (R&D):* Den Japanern gelang es, trotz Rezession ein hohes Investitionsniveau in Forschung und Entwicklung zu bewahren. Dadurch blieben sie in vielen High-Tech-Branchen marktführend und verhinderten so einen noch schlimmeren Absturz ihrer Wirtschaft. Da die R&D-Investitionen aus der Privatwirtschaft stark prozyklisch sind, sollte der Staat durch antizyklische Maßnahmen dafür sorgen, dass die Investitionen in diesem Bereich auch in Krisenzeiten hoch bleiben – beispielsweise indem er die Nachfrage nach innovativen Produkten stärkt. [Mehr...](#)

## **Osteuropa benötigt Hilfe der EU, um die Krise zu überwinden**

Katinka Barysch, The EU Can Ignore Eastern Europe at Its Own Peril, *YaleGlobal*, 17.04.2009

Während Westeuropa langsam wieder optimistisch in die Zukunft blickt, hält die Krise Osteuropa weiterhin fest im Griff. Zahlreiche Länder stecken in tiefer Rezession, die Exportmärkte im Westen sind eingebrochen, zentral- und osteuropäische Banken stehen wegen Überschuldung und Wechselkursverlusten am Rande der Pleite. Die Auswirkungen sind auch in Westeuropa zu spüren. Daher liegt es im Interesse der westeuropäischen Staaten, Osteuropa unter die Arme zu greifen. Doch potenzielle Lösungen stehen vor einer Reihe von Hürden:

- Einführung des Euro: Eine schnelle Einführung der Gemeinschaftswährung würde viele Staaten vor einer andauernden Abwertung ihrer Landeswährung schützen. Besonders für die Baltischen Staaten wäre der Euro ein sicherer Hafen. Exportorientierte Staaten wie Ungarn und Polen dagegen hätten das Nachsehen, weil sie zur Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf flexible Wechselkurse angewiesen sind. Politisch wäre diese Lösung ohnehin nicht durchsetzbar gegen den Widerstand der Mitglieder der Eurozone und der europäischen Zentralbank, die um die Stabilität der Währung fürchten.
- Kapitalerhöhung bei den zentral- und osteuropäischen Banken: Der große wirtschaftliche Erfolg der zentral- und osteuropäischen Länder nach dem Zerfall des Ostblocks ist der Integration in den europäischen Binnenmarkt und der Liberalisierung des Finanzsektors zu verdanken. Ein Großteil der heimischen Banken wurde an Geldhäuser aus Westeuropa verkauft, mit Sitz in Österreich, Belgien, Deutschland, Italien oder Schweden. Nun ist zu befürchten, dass die westlichen Eigentümer ihre osteuropäischen Schwesterbanken ausbluten lassen. Eine von der EU koordinierte grenzübergreifende Rettungsaktion für osteuropäische Banken würde die Lage stabilisieren, setzt allerdings großes Vertrauen der westeuropäischen Banken in ihre Schwesterinstitute voraus.
- Stützung des Exportmarkts: Für viele Staaten Osteuropas ist die Eurozone der wichtigste Exportmarkt. In einigen Sektoren sind die Länder Teil der gesamteuropäischen Versorgungskette geworden, z.B. in der Automobilzuliefererindustrie. Jedes Anzeichen von Protektionismus im Westen lässt daher in

Osteuropa die Alarmsirenen schrillen. Hier liegt es vor allem an den reichen europäischen Staaten, protektionistischen Versuchungen zu widerstehen. Ohne die massive Unterstützung Westeuropas kommt Osteuropa nicht wieder auf die Beine. Laut IWF benötigt Osteuropa dieses Jahr 500 Mrd. US-Dollar zur Refinanzierung (einschließlich des Balkan und der Türkei). Mindestens ein Viertel davon muss von internationalen Institutionen wie dem IWF oder der EU aufgebracht werden. Doch diesen Preis sollte es wert sein. Anderenfalls steigt das Risiko, dass Osteuropa – mit der Krise allein gelassen und abgeschreckt vom Protektionismus der EU – das Modell der Liberalisierung und Marktintegration zunehmend hinterfragt und einer politischen Integration immer kritischer gegenübersteht. [Mehr...](#)

### **Rettungspakete für Banken – ungerecht und sehr teuer**

Vern McKinley, Gary Gegenheimer, Bright Lines and Bailouts, *Cato Institute Policy Analysis*, Nr. 637, 21.04.2009

Um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen und die globalen Finanzinstitute zu stabilisieren, wurden weltweit in kürzester Zeit milliardenschwere Rettungspakete geschnürt. Inzwischen scheint wieder ein wenig Ruhe eingekehrt zu sein, auch wenn Experten weiterhin vor Risiken in den Bilanzen zahlreicher Banken warnen. Das mit Abstand größte Paket haben die USA geschnürt. Dafür werden sie nun vom Cato Institute scharf kritisiert, das die Finanzhilfen als ungerecht, extrem teuer, widersprüchlich und intransparent bezeichnet.

Den Rettungspaketen für den Finanzsektor fehle, so die Begründung, eine klar definierte, transparente und nachprüfbar politische Rechtfertigung. Zudem sei die Angst damit längst noch nicht aus dem System gewichen, da die grundlegenden Missverhältnisse weiterhin bestünden, die zum Ausbruch der Krise geführt haben. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die drei maßgeblich an den Rettungsaktionen beteiligten Institutionen: die US-Notenbank (Fed), das US-Finanzministerium und der Einlagensicherungsfonds (FDIC). Diese sollten sich lieber auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – die Fed beispielsweise auf die Kontrolle der Geldmenge. Die einzige Lösung sieht das Cato Institute darin, die betroffenen Institute entweder unter Zwangsverwaltung zu nehmen oder sie in die Insolvenz stürzen zu lassen. Das bisherige Vorgehen aber sei der falsche Weg: Dadurch würden zahlreiche Finanzinstitute gerettet, die weiterhin ein Risiko für das System darstellen. Die nächste Krise sei somit quasi vorprogrammiert.

Ohne die staatliche Unterstützung würde eine große Anzahl von Finanzinstituten die Krise kaum überstehen. Im schlimmsten Fall müssten sie Konkurs anmelden oder wären schon längst Pleite gegangen. Und selbst wenn nicht: Die Kreditversorgung der Unternehmen wäre noch nachhaltiger beeinträchtigt, als es bereits jetzt der Fall ist. Für die Wirtschaft in den betroffenen Ländern wäre dies sicherlich nicht von Vorteil. [Mehr...](#)

### **Pakistans Küstenregion: Lackmustest für neue Regierung**

Robert D. Kaplan, Pakistan's Fatal Shore, *The Atlantic Online*, Mai 2009

Pakistan kommt nicht zur Ruhe – besonders in Belutschistan, der Grenzregion zwischen Iran, Pakistan und Afghanistan. Vor kurzem sah sich die Regierung gezwungen, ein weitreichendes Zugeständnis an die Taliban zu machen, die inzwischen große Teile im Nordwesten von Belutschistan kontrollieren. Im Südwesten Belutschistans schwelt indes der nächste Konflikt. Gwadar, eine Hafenstadt in der Küstenregion Makran, gilt als zukünftiges Drehkreuz für asiatische Energie- und Handelsströme. Im Jahr 2000 beauftragte Ex-Präsident Musharraf chinesische Firmen mit dem Bau eines Tiefwasserhafens, von dem aus ein gigantisches Netzwerk aus Autobahnen und Pipelines ganz Asien mit Waren und Energie versorgen soll. Doch wenn es der Regierung nicht gelingt, die Belutschen aus der Region politisch und wirtschaftlich stärker zu integrieren, so dass auch sie von diesem Wandel profitieren, könnte Pakistan in einen brutalen Bürgerkrieg abrutschen.

Der brodelnde Konflikt zwischen Islamabad und den Belutschen hat eine lange Vorgeschichte. Immer wieder kam es in den vergangenen Jahrzehnten zu bewaffneten Kämpfen zwischen der pakistanischen Armee und den Belutschen, weil diese sich politisch und wirtschaftlich arg benachteiligt fühlten. In der blutigsten

Phase zwischen 1973 und 1977 standen sich etwa 80.000 pakistanische Soldaten und 55.000 Belutschen in jahrelangen Kämpfen gegenüber. 2006 bombardierten pakistanische F-16-Bomber etliche Flüchtlingsdörfer in der Region, und im selben Jahr tötete die pakistanische Armee Nawab Akbar Khan Bugti, einen politischen Führer der Belutschen. Viele Pakistaner vermuten, dass auch der indische Geheimdienst immer wieder seine Finger im Spiel hat und die Aufständischen bis heute im Kampf gegen Islamabad unterstützt.

Die Belutschen stellen zwar nur 4% der 173 Mio. Pakistaner. Doch in Belutschistan befindet sich ein Großteil der pakistanischen Rohstoffe wie Kupfer, Uran, Öl oder Gas. Mehr als ein Drittel der Erdgasproduktion stammt aus Belutschistan. Und während die Zentralregierung für die Rohstoffe nur magere Abgaben zahlt, weigert sie sich hartnäckig, der eher armen Region finanziell unter die Arme zu greifen. Die Aussicht auf ein prosperierendes Gwadar lässt die Belutschen also nicht automatisch in Freudentränen ausbrechen. Zu groß sitzt die Angst, auch dann leer auszugehen, wenn Gwadar zum Knotenpunkt zwischen dem Indischen Ozean und Zentralasien avanciert. Will die Regierung verhindern, dass die radikalen Separatisten in Zukunft noch mehr Zulauf bekommen, muss sie die Belutschen durch politische Abkommen in die Entwicklung einbinden. Ob Gwadar zum asiatischen Drehkreuz für Handel und Energietransporte im 21. Jahrhundert wird oder nicht, ist aufs Engste mit dem innerpakistanischen Kampf gegen den eigenen Staatszerfall verknüpft. Gwadar könnte somit zum politischen Lackmestest werden – nicht nur für die neue pakistanische Regierung, sondern für die gesamte Küstenregion des Arabischen Meers. [Mehr...](#)

### **Chinas Dilemma bei der UNO-Klimakonferenz im Dezember**

Linda Jakobson, China's Changing Climate, *Chatham House*, The World Today, Mai 2009

Im Dezember tagt die UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen, um ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll auszuhandeln. China steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits muss die chinesische Regierung sicherstellen, dass der Kampf gegen den Klimawandel die heimische Wirtschaft nicht zu stark bremst. Schließlich sind Wachstum und steigende Lebensstandards die wichtigste Legitimationsquelle für die Alleinherrschaft der Regierungspartei. Andererseits will Chinas Führung sich auf internationaler Bühne als verlässlicher Partner präsentieren, der globale Verantwortung übernimmt und seinem Status als aufstrebender Großmacht gerecht wird. Wie geht die chinesische Führung mit diesem Dilemma um?

Die Antworten chinesischer Klimaexperten spalten sich in zwei Lager. Die eine Gruppe geht davon aus, wenn die USA ambitionierte und verbindliche Reduktionsziele akzeptieren, wird China nicht als einziger großer Luftverschmutzer dastehen wollen. Die Experten weisen darauf hin, China sei auch zuvor immer dann zu Kompromissen bereit gewesen, wenn internationale Isolation drohte. Allerdings bezweifeln sie, dass die potenziellen Ziele überhaupt erreicht werden können und befürchten, Peking werde sich alle möglichen Entschuldigungen ausdenken, um die Vorgaben nicht einhalten zu müssen. Die andere Gruppe glaubt nicht, dass Peking nationale Reduktionsziele akzeptiert und nennt drei Gründe. Erstens muss die Regierung dafür sorgen, dass der Aufschwung trotz Wirtschaftskrise weitergeht. Anderenfalls wäre ihr politisches Überleben gefährdet. Zweitens wächst innerhalb der chinesischen Eliten die allgemeine Überzeugung, das Ziel der westlichen Industriestaaten, insbesondere der USA sei es, Chinas Aufstieg zur wirtschaftlichen und politischen Großmacht zu torpedieren. Drittens tendierte Peking besonders in letzter Zeit dazu, ausschließlich internationale Verpflichtungen einzugehen, bei denen sie sicher sein konnte, sie auch erfüllen zu können. Bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen scheinen sich die Regierungsmitglieder alles andere als sicher zu sein, ob strenge Vorgaben technologisch überhaupt umsetzbar wären.

Chinas Regierung bezweifelt nicht, dass der phänomenale Aufschwung der letzten 30 Jahre zu einem dramatischen Anstieg der Treibhausgas-Emissionen geführt hat. Gleichzeitig aber betont sie immer wieder, China sei vielmehr Opfer als Verursacher des Klimawandels. Verantwortung müssten demnach vor allem die Industriestaaten übernehmen. Zudem verweisen chinesische Regierungsbeamte gerne auf den verhältnismäßig geringen Pro-Kopf-Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu den Industriestaaten. China verfolgt zwar inzwischen längst eine Energie- und Industriepolitik, die früher oder später zur Verringerung der

Treibhausgas-Emissionen führen wird. Doch diese Politik scheint eher dem Ziel verpflichtet, die Abhängigkeit von ausländischen Ölimporten zu reduzieren und die eigene Energiesicherheit zu erhöhen. Bleibt also abzuwarten, ob es der internationalen Gemeinschaft im Dezember gelingt, das chinesische Bemühen um mehr Energieeffizienz in einen verbindlichen Kampf gegen den Klimawandel umzumünzen. [Mehr...](#)

### **Obamas Nahost-Strategie setzt auf Syrien**

Seymour Hersh, Syria Calling. The Obama Administration's chance to engage in a Middle East peace, *The New Yorker*, 6.04.2009

Als die israelische Regierung Mitte Januar ihren Gaza-Feldzug beendete, schien zugleich jede Hoffnung begraben, Israel und Syrien könnten sich in absehbarer Zeit doch noch zu einem Friedensabkommen durchringen. Doch inzwischen glauben hohe Regierungsbeamte, Geheimdienstler und Diplomaten aus den USA, dass Syrien und Israel schon bald neue Friedensgespräche aufnehmen werden. Der Grund: Die neue US-Regierung scheint darauf zu bauen, durch eine diplomatische Annäherung an Syrien den Friedensprozess im Nahen Osten wiederbeleben und die eigene Position gegenüber Teheran strategisch stärken zu können. Deshalb wird sie vermutlich alles daran setzen, beide Länder wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Für Barack Obama wäre dies die erste und vielleicht beste Chance für ein nachhaltiges Engagement im Nahost-Friedensprozess.

Als die Ära Bush sich langsam aber sicher dem Ende neigte, gingen Verbündete der USA bereits erste Schritte auf Syrien zu. Mitte November reiste der britische Außenminister Miliband nach Damaskus, um mit dem syrischen Präsidenten über den Austausch wichtiger Geheimdienstinformationen zu beraten. Im Dezember besuchte Ex-Präsident Carter die syrische Hauptstadt und bezeichnete Syrien als Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten. Wie das Weiße Haus inzwischen bestätigte, waren Obama und sein Team im Vorfeld über die Reise unterrichtet worden. Unmittelbar vor der Amtsübernahme fand ein ausführliches Treffen zwischen Carter und Obama statt. Genaue Inhalte des Gesprächs sind nicht bekannt, doch Carter äußerte anschließend die Hoffnung, der neue US-Präsident werde so schnell wie möglich den Dialog mit der Assad-Regierung aufnehmen. Erste informelle Gespräche mit Syrien hat es bereits gegeben.

An Obamas Nahost-Strategie wird zwar hier und da noch gefeilt – sowohl im Außenministerium als auch im Nationalen Sicherheitsrat. Doch dass ein Friedensabkommen zwischen Syrien und Israel dazu beitragen könnte, die politische Schlechtwetterlage zwischen dem Westen und dem Iran erheblich zu verbessern, scheint in der neuen US-Regierung kaum einer ernsthaft zu bezweifeln. Eine Einigung über die Golan-Höhen samt Friedensabkommen würde den Iran zwingen, endlich auf den Westen zuzugehen. Zu groß wäre sonst für Teheran die Gefahr, sich immer weiter zu isolieren. Syrien ist schließlich so etwas wie der letzte Verbündete Teherans. Zudem müsste Syrien im Falle einer Einigung seine Haltung gegenüber der Hisbollah und der Hamas überdenken, was die iranisch-syrische Achse weiter schwächen dürfte. Assad und seine Regierung könnten den Rückzug der Amerikaner aus dem Irak erleichtern und eine Annäherung zwischen den USA und Teheran vermitteln. Bessere Beziehungen zwischen dem Westen und dem Iran wiederum brächten nicht nur mehr Sicherheit für Israel, sondern auch ganz neue strategische Optionen für Afghanistan. [Mehr...](#)

### **Stabiles Nordafrika? – Der Schein trügt**

Claire Spencer, North Africa: The Hidden Risks to Regional Stability, *Chatham House Briefing Paper*, April 2009

Anders als die Länder am Horn von Afrika oder in Zentralafrika strahlen die nordafrikanischen Staaten Stabilität aus. Wachstumsraten von durchschnittlich 5 bis 6%, Energiereichtum und das Engagement im Kampf gegen den Terrorismus haben eine enge Partnerschaft mit Europa und den USA entstehen lassen. Doch der Schein trügt. In Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen wachsen sowohl sozioökonomische als auch politische Spannungen, die den Konsens zwischen Regierung und Bevölkerung ernsthaft bedrohen. Der Westen sollte alles tun, um eine Eskalation dieser Spannungen zu verhindern.

Nordafrika bietet gute Voraussetzungen für eine positive Entwicklung: wirtschaftlicher und kultureller Austausch mit dem Mittelmeerraum, die Nähe zur Europäischen Union, Ressourcenreichtum und stabile Wirtschaftsfaktoren wie Tourismus, Bau, Textilien oder Agrarexporte. Damit haben es die nordafrikanischen Länder zu einem gewissen Wohlstand gebracht, der sich von der Entwicklung anderer afrikanischer Staaten abhebt. Marokko, Algerien und Libyen konnten sogar einen Teil ihrer Auslandsschulden begleichen. Die USA und Europa ließen die Länder deshalb vorerst in Ruhe – zu Lasten von Menschenrechten und Rechtssicherheit. Dabei profitieren längst nicht alle Einwohner von der Entwicklung. Das Patronagesystem behindert politisches und wirtschaftliches Engagement außerhalb der elitären Zirkel. Hinzu kommen fehlende Transparenz, Korruption, schwierige Bedingungen für ausländische Investoren und ein geringer Institutionalisierungsgrad. Dies könnte die Region stärker destabilisieren als Terrorismus, Kriminalität und illegale Einwanderung nach Europa. Dabei bietet gerade der bisherige Erfolg Chancen für die regionalen Regierungen, sich mit den Bürgern an einen Tisch zu setzen und ihre Entwicklungsstrategien zu überdenken. Noch fehlt es den Staaten an

- gut ausgebildeten und qualifizierten Arbeitnehmern, die es mit den Herausforderungen der Globalisierung aufnehmen können,
- gezielten öffentlichen und privaten Investitionen in das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem sowie
- einem politischen und ökonomischen Umfeld, das Innovation, Kreativität und Unternehmertum fördert.

Um dies zu erreichen, muss die Partizipation auf eine breitere Basis gestellt, die legale Beschäftigung gefördert und das Rechtssystem unabhängiger von der Zentralregierung werden.

Die USA und Europa sollten diesen Prozess nach Möglichkeit unterstützen. Als Partner Nordafrikas haben beide ein starkes Interesse an einer friedlichen Entwicklung in der Region. Dazu muss das bisherige Vorgehen überdacht werden, nach dem sich die Beziehungen stark auf die Zentralmacht konzentrierten. Allerdings könnte sich gerade die Finanzkrise als Hindernis auf dem Weg zur Liberalisierung erweisen. Das regulatorische Versagen der europäischen und amerikanischen Regierungen könnte dazu führen, dass sich die afrikanischen Staatsschefs in ihrer Haltung bestätigt fühlen, die Fäden lieber selbst in der Hand zu halten. [Mehr...](#)

---

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Eddie Hartmann/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)